

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Suter, Industriehalle
Niedlich-Strich
Vollendungen
franco gegen franco.
Schweizerische Briefe
nach der Schweiz zahlen
Postporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
besen bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontoganz)
Fr. 3.— für Deutschland (Kontoganz)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Kontoganz)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontoganz).
Inserate
Die billigste Preistabelle
S. 618. — S. 619.

N^o. 41.

Sonntag, 10. Oktober.

1880.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich vertrieben ist, beson. vertrieben wird und die Posten
besuchen sich alle Mühe geben, unsere Vertriebsstellen nach jenen Ländern möglich zu erweitern, resp. Briefe von dort zu uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die letztere Pflicht im Postverkehr natürl. und
dort keine Rücksichtnahme zu erwarten, die Briefmarken über den wahren Empfänger und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schaden. Hauptforderung ist hierzu einverleitet, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unabh. d. g.
Korrespondenzstelle Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch uns möglichst zuverlässige Zustellungsstellen mitgeteilt werden. In weitestgehendem Maße resp. sich selbst größere
Sicherheit beim Abgang. Soweit es uns liegt, werden wir gemäß unser Mühe auch dahin streben, um trotz aller ent-
gegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Von Bismarck's sozialem Programm.

Die Denkschrift des Fabrikdirektors Baare, des berufenen
Beraters des Reichskanzlers in der Durchführung von dessen
vielfach sprechendem „sozialem Programm“, liegt uns nunmehr
ihrem Wortlaut nach vor. Und obwohl dies unzählbare
Schriftstück nichts als die altbekannten Ansichten der aus-
beuterischen Bourgeoisie über die Stellung des Herrn und des
Lohnarbeiters zu einander wiedergibt, so sind wir doch ge-
nötigt, ihm die Ehre einer eingehenderen Besprechung zu er-
weisen. Hat doch der Reichskanzler den Verfasser erst auf
Grund dieser Denkschrift zu seinem Helfer in dem
großen Werk der sozialen Verbesserung und Wiedergeburt aus-
erufen und theilt mithin zweifellos die von Herrn Baare dar-
gelegten Grundsätze im Wesentlichen, so daß uns also die so-
mose Denkschrift den besten Aufschluß über den Geist gibt, in
welchem Bismarck die soziale Frage zu „lösen“ beabsichtigt.
Außerdem ist in Herrn Baare's Ausführungen der Stand-
punkt des selbstbewußten, von dem sozialistischen Zug der Zeit
noch wenig angekränkelten Vollblutausbeuters so offenherzig
dargelegt, wie es — aus Klugheitsgründen — schon lange keiner
seiner Klammern mehr öffentlich gethan hat und wie es
wohl auch Hr. Baare kann gethan haben würde, wenn er
seine Arbeit für die Öffentlichkeit bestimmt gehabt hätte. Desto
besser, wenn das arbeitende Volk erfährt, wie der Bourgeois
zum Minister, der wirtschaftliche Ausbeuter und Unterdrücker
zum politischen Ausbeuter und Unterdrücker spricht.

Die Denkschrift geht ohne große Einleitung schnell auf ihr
schon bekanntes Ziel, die „Versicherung gegen Unfälle und Ver-
schädigungen im Dienste Dritter“ los und enthält schon gleich
im ersten Satz die wahren Beweggründe des ganzen Vahns,
indem sie die gleichzeitige „Abänderung des bestehen-
den Haftpflichtgesetzes“ fordert. Daß dies letztere
der wahre Hauptzweck des ganzen Müheaufwandes des sich
solchergehaltes für das Volkwohl aufreibenden Hrn. Baare ist,
zeigt schon der räumliche Umfang, den die der Abänderung
des Haftpflichtgesetzes gewidmeten Ausführungen in der Denk-
schrift einnehmen. Denn von den einzelnen Abschnitten des
Baare'schen Elaborats sind volle acht, und zwar die längsten,
ausschließlich einer abfälligen Kritik des Haftpflichtgesetzes ge-
widmet, während die übrigen sechs in Kürze die nöthige
Schlußfolgerung aus dieser Aburtheilung ziehen, nämlich wie
„die durch das Haftpflichtgesetz der deutschen Gewerbetätigkeit
durch eine allgemeine Arbeiterversicherung unbemerkt auf andere
Schultern und natürlich besonders auf die der Arbeiter selbst
hinübergeschoben werden könnten.“

Die Begründung der „Ungerechtigkeit“ und „Untragbarkeit“
des Haftpflichtgesetzes für die Ausbeuterklasse ist für die Ge-
stimmung der letzteren sehr bezeichnend und für die Arbeiter un-
gemein lehrreich. Das Haftpflichtgesetz sei dazu da, um die
ohne Selbstverschulden verunglückten Arbeiter mäßig schadlos
zu halten, und dadurch einen wohlthätigen Einfluß auf das
Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu üben“. Diese
Aufgabe habe das Gesetz aber nicht erfüllt. Die lebenslängliche
Zubilligung des ganzen Lohnverdienstes an den Verunglückten
oder dessen Hinterlassene sei „erdrückend hart für den Arbeit-
geber und gleichzeitig gefährlich für den Arbeiter“. Denn in
einer Hinsicht erfordert eine solche Abfindung in der Regel (?)
ein Kapital von M. 12,000 auf den Kopf, so daß durch öfters
wiederkehrende Fälle eine Fabrik ruiniert werde. Der nahe-
liegende Schluß, daß die Fabriken eben Schutzvorrichtungen
treffen sollen, welche eine Verunglückung der Arbeiter möglichst
ausschließen, wodurch „Abfindungen“ dieser Art nicht nöthig
würden, — dieser Schluß kommt unserm Vollblutbourgeois
natürlich nicht in den Sinn. — Der Arbeiter aber werde durch
die Aussicht, sich durch eine Verunglückung ein großes Kapital
oder eine hohe Rente zu erwerben, gleichgültig und fahrlässig
gemacht, ja er werde sich nicht selten absichtlich in die Ge-
fahr begeben, um später „als Rentner ein beschauliches Leben
führen zu können“, oder „lebensmüde in den Tod zu gehen,
um seiner Familie Existenz zu sichern“. Bekanntermaßen seien
die meisten Unfälle durch den Verunglückten oder seine Mit-
arbeiter verschuldet.

Also der Arbeiter verliert durch die ihm winkende Haft-
pflichtentschädigung das Interesse an einer möglichsten Vorsicht,
ja er wird sogar dazu verleitet, absichtlich zu verunglücken!
Es gehen uns da einige Erinnerungen vom Schlachtfeld der
Arbeit oder richtiger vom Schlachtfeld der kapitalistischen Pro-
duktion durch den Kopf. Erst kürzlich wurde in einer sächsischen
Wolltreppelei ein Arbeiter von einem ungezügten Zahnrad

erfaßt und ihm die Haut abgerissen und alle Glieder gerädert,
so daß er kaum mehr einem Menschen gleich und nach kurzem
unter unfähigen Leiden sterben mußte. Jedenfalls hat der
Mann das lediglich gethan, um ferner „als Rentner ein be-
schauliches Leben führen zu können!“ — In einer preussischen
Spinnerei kommt ein Spinnmeister mit dem Fuß in einen
vom Schwungrad ab- und vor seine Maschine geworfenen
Transmissionsriemen, der den Mann mit emporeißt und ihn
achtmal im Kreis herum und gegen die Decke schleudert.
Offenbar wollte der Mann dadurch bloß seiner Familie eine
angenehme Existenz verschaffen! — In einem preussischen
Waldwerk wird ein noch nicht sechzehnjähriger Arbeiter zwei-
undzwanzig und ein halb Stunden lang nacheinander beschäftigt,
bis ihn die Uebermüdung einen Rehtritt thun läßt, der ihm
das Bein kostet. Natürlich nichts als eine Spekulation auf ein
großes Kapital — wie verdorben dieses eigennützig Arbeiter-
paar schon in der Jugend ist! — In einer rheinischen Eisen-
gießerei entleert infolge Bruchs eines längst schadhaften Hebels
eine Schale flüssigen Eisens ihren glühenden Inhalt über die
Gießerei und röstet sie bei lebendigem Leibe. Nichts als Nach-
lässigkeit und Fahrlässigkeit, wenn nicht gar Abficht! — In
einer chemischen Fabrik im plauenischen Grund hat ein jugend-
licher Arbeiter zusammen mit andern einen Ballon Schwefel-
säure in ein Bassin zu gießen. Er muß den Ballon, rückwärts
gehend, eine steile Treppe hinauf ziehen, während zwei andere
von unten her schieben. Am unzufriedigten Stand des
Bassin's angelangt, reißt er morsche Handhabe des Ballons
und der Arbeiter stürzt rückwärts in den Kessel voll ätzender
Chemikalien. Von wahnsinnigem Schmerz getrieben rafft sich
der furchterlich Verbrannte aus dem höllischen Bade auf und
springt mit Aufwendung aller Kräfte auf den Rand, kann sich
aber auf der zerbrochenen, lehnlosen Treppe nicht halten und
stürzt hinab, mit ganzer Wucht in die zollthicken, haarstarken
Trümmer des vorher hinuntergefallenen und zerhellten Ballons
und in die entleerte Schwefelsäure hinein. Mit halbfußtiefen
Schnittwunden, das Fleisch von den Knochen hängend, reißt
sich der Gefoltete in unfähiger Pein noch einmal empor
und wirft sich in den benachbarten eisüberzogenen Mühlbach,
wo er aber keine Vinderung findet. Nach elendigen entse-
lichen Qualen erlöst ihn der wohlthätige Tod, der die armen
Eltern, die schon ein Kind im Dienst des Kapitals auf schreck-
liche Art verloren, fast wahnsinnig macht. Pah! Der Mann
war selbst schuld, ein Faulenzer und Bummel, dem es nur
darnach gelüftete, Rentier zu werden, um jammert seiner ganzen
Stippe herrlich und in Freuden leben zu können, während der
arme Fabrikant durch von ihm zu zahlende „Entschädigung“ zu
Grunde gerichtet wird!

Also fort mit den „unmäßig hohen“ Entschädigungen! — Wird
aber schon durch diese unverantwortliche Benachtheiligung der
armen — Arbeitgeber die Harmonie zwischen Kapital und
Arbeit gestört, so geschieht es noch viel mehr durch die über
die Gewährung der Entschädigung „notwendig“ entstehenden
Prozesse. Natürlich sind der Denkschrift zufolge sämtliche
Fabrikanten und Arbeitgeber die Gerechtigkeit, Humanität und
Arbeiterfreundlichkeit selbst, weshalb man auch die Entschä-
digung über die Gewährung von Entschädigungen von Rechts
wegen ihnen selbst überlassen müßte. Aber leider sei an
Stelle der früheren „Hoffnung des Arbeiters auf humane Be-
handlung“ die von der Neigung, sich ein Recht zu erkämpfen,
unterstützte kategorische Forderung getreten. Dadurch sei
allmählich auch bei dem Aufsichtspersonal und namentlich bei
den Arbeitgebern selbst an Stelle des Wohlwollens und des
natürlichen Mitleids in Unglücksfällen die fähle Erwägung
getreten, welche Vorsicht man bei der amtlichen Vernehmung
zu beobachten hat, um die Verantwortung von sich ab und auf
den beschädigten Arbeiter abzuwälzen. So sei nach hunderten
von Prozessen Mißtrauen und Feindseligkeit an die Stelle
gegenseitigen Vertrauens und Wohlwollens getreten. Eine ganz
besondere Schuld an dieser „destruktiven“ Wirkung trage aber
die leidige Bereitwilligkeit der Gemeindebehörden, den um
Haftpflichtentschädigung prozessirenden Arbeitern zu diesem Be-
hufe Armuthszugnisse auszustellen, wodurch ihnen die Klage
unter Armenrecht ermöglicht werde. Freilich ist es wahr, daß
nach den amtlichen Berichten der Gewerberäthe (Fabrik-
inspektoren) die Arbeitgeber, sowie die Unfallversicherungen in
den allermeisten Fällen gutwillig Entschädigung zahlen, wie
es denn namentlich bei den Unfallversicherungsgesellschaften
durchschnittlich Praxis ist, 5 Proz. der Unfälle freiwillig als
haftpflichtig anzuerkennen, bei den übrigen 95 Proz. aber es auf
das richterliche Urtheil, d. h. auf das Prozeßverfahren ankommen
zu lassen. Wenn der Arbeiter also sein Recht erlangen will,
so muß er prozessiren. Und da der Rechtsweg, Dank unserm
weisen und gerechten Staatseinrichtungen, ein überaus kost-

spieliges Pflaster hat, die Arbeiter aber infolge der ebenso
weisen und gerechten Einrichtungen arme Teufel sind, die sich
kaum halb satt essen, und ihre Blößen decken können, — so
ist der erdrückenden Mehrzahl derselben das Rechtjucken in dem
Augenblick unmöglich, wo man ihnen das wenig beneidens-
werthe Armenrecht der gerichtlichen Kostenfreiheit vorenthält.
Aber gerade dieses Ziel will die Bourgeoisie ja
erreichen.

Es muß deshalb den Arbeitern zunächst durch Entziehung
des Armenrechts unmöglich gemacht werden, in Unglücksfällen
kostenfrei gegen ihre „Herrn“ zu prozessiren, dann werden
der Prozesse gleich weniger werden und das alte Verhältnis
des Wohlwollens und Mitleids“ des Arbeitgebers gegen den
Arbeiter kann wieder eintreten. Soweit es aber dem Arbeiter
doch noch möglich sein sollte, einen Haftpflichtprozeß anzu-
strengen, soll ihm das Durchführen desselben möglichst erschwert
werden. Die Frist, innerhalb welcher der verunglückte Arbeiter
seine Ansprüche auf Entschädigung geltend machen kann (jetzt
zwei Jahre), muß auf den vierten Theil herabgesetzt werden.
In sechs Monaten ist ein Schwerverwundeter oft noch nicht
so weit hergestellt, um sich ein Bild über seine und seiner
Familie Zukunft zu machen und dürfte es ihm schwer werden,
in seinen Leiden sich den Aufregungen des Prozesses zu unter-
ziehen und Energie genug zu seiner Durchführung zu finden.
Wem auch dadurch das Prozeßsiren gegen seine Herren noch
nicht verleidet ist, dem soll der letzte Weg dadurch verrammelt
werden, daß nicht nur in das urtheilende Richterkollegium ein
oder mehrere Sachverständige, d. h. Fabrikanten oder sonstige
Bourgeois, berufen werden, sondern daß auch der Entscheid
des Gerichts an ein vorhergehendes Urtheil eines Gewerbe-
Schiedsgerichts gebunden wird, welches letzteres so zusammen-
gezett wird, daß seine Mehrheit „frei ist von der Auffassung,
daß ihr Beruf sie zum Anwalt der Arbeiter stempelt“.

Ein geniales Mittel zur Wiederherstellung der alten „Har-
monie zwischen Kapital und Arbeit“, nicht wahr? Alle diese
vortrefflichen, arbeiterfreundlichen Vorschläge der Denkschrift
sind aber bloß eventuelle; denn dem Berater Bismarck's in
der „Lösung der sozialen Frage“ ist es weniger um eine
Abänderung des Haftpflichtgesetzes als um eine vollständige
Beseitigung desselben und seine Ersetzung durch seine „all-
gemeine Arbeiter-Unfallversicherung“ zu thun. Von dieser und
andern Bourgeois und Junkerfinten werden wir nächstemal
sprechen.

Die Sozialdemokratie und das Bauernthum.

Ein Wort an die landwirtschaftliche Bevölkerung.
Daß auch die Bauern heute nicht auf Rosen gebettet sind,
sondern daß ihr Lebensweg vielmehr ein sehr dorniger ist,
daß sie Lasten und Ungerechtigkeiten und Unterdrückung mehr
als genug zu ertragen haben, — das braucht man keinem
Einsichtigen und braucht man vor allem dem Bauern selbst
nicht erst auseinanderzusetzen. Denn was man fühlt, das be-
darf keiner langen Erklärung. Aber muß das so sein? Ist
der Bauer wirklich zu nichts anderem geboren, als um in
alle Ewigkeit zugleich die Melkkuh und das Kasthies der
großen Herren zu sein, von dem sie leben, dessen geduldigem
Rücken sie eine Last um die andere aufbürden und das sie
dann zum Lauf dafür noch geringschätzen und mißhandeln?
Oder kann und muß diesem unerträglichen Zustand nicht ein
Ende gemacht, und der so viel verhöhte und seit Jahrhun-
derten aufs ärgste geknechtete Bauer aus seiner menschen-
unwürdigen Lage befreit und allen andern befreiten Menschen
an Rechten und Pflichten gleichgestellt werden? Und auf welche
Weise kann das bewerkstelligt werden?

Du, Bauer, bist nicht der Einzige, dem es schlecht geht,
der unterdrückt und ausgefogen wird. Dem großen Heer der
städtischen und Industriearbeiter: der Handwerker, der Fabrik-
arbeiter, der Bergarbeiter und wie sie alle heißen, geht es
ebenso schlimm und zum Theil noch schlimmer als Dir. Da
sollte man doch denken, daß Ihr Euch beide, Bauer und Ar-
beiter, vereinigt zur gemeinschaftlichen Abwehr der gemein-
samen Noth; denn vereinte Kraft ist vielfache Kraft. Aber
das ist leider nicht so. Obgleich Ihr beide die gleiche Bürde
trägt und darum dasselbe Interesse habt, so sind Eure Wege
doch allezeit verschieden gewesen und nicht selten sind sich der
Bauer und der Arbeiter, die doch Brüder sind, feindlich gegen-
übergestanden. Wie oft haben die städtischen Arbeiter sich nicht
schon erhoben, um den Unterdrückten, den großen Herren in
Stadt und Land, das Handwerk zu legen. Du, Bauer, aber
hast dabei immer ruhig zugehört, als ob's Dich gar nichts
anginge, oder Du hast gar noch den Herren geholfen, die „auf

„Arbeiter niederzuwerfen. Hättest Du statt dessen den Arbeitern geholfen, so möchte es Dir wie ihnen jetzt besser gehen. Da aber Eure gemeinsamen Feinde erst mit den Arbeitern fertig geworden sind, so haben sie jetzt auch die Macht, Dich niederzudrücken und sie werden das so lange thun, als Du dem Arbeiter feindlich gegenüberstehst.

Oder glaubst Du, Du seiest etwas Besseres als der Arbeiter? Ihr seid aus dem gleichen Lehm gemacht, liebe Freunde, und es geht beiden gleich miserabel. Und Eure Feinde sind auch die gleichen. Die Kapitalisten, welche die Löhne herabsetzen und die Arbeitszeit in den Fabriken verlängern, das sind dieselben, welche Dir als Wucherer das Blut ausaugen. Die Fabrikanten sind es, welche die Bauernkinder in die Stadt locken, um sie als Arbeiter auszubenten, wenn die Zeiten gut sind und der Bauer sie selbst brauchen könnte. Sind aber die Zeiten schlecht, hat der Bauer selbst nichts zu essen, dann wirft der Fabrikant Deine Kinder, die er nicht brauchen kann, auf's Pflaster, und schiebt sie zu Dir betteln. Die Fabrikanten und Wucherer sind ebenso Deine Feinde wie die Feinde der Arbeiter.

Und diejenigen Beamten und Richter, welche Dir Deine letzte Kuh wegnehmen, wenn Deine Steuer rückständig ist oder Du den Wucherer nicht zahlen kannst, diejenigen, welche Dich von Haus und Hof jagen, das sind dieselben, welche die Sozialdemokraten verfolgen, wie ein gehegtes Wild. Die Beamten und Richter sind ebenso Deine Feinde wie die Feinde der Arbeiter.

Der Reichstag und die Regierung sind es, welche, um die Arbeiter niederzudrücken, das Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokraten erlassen haben. Derselbe Reichstag und dieselbe Regierung aber sind es, welche Dir die hohen Steuern auferlegen, die Du unmöglich auf die Dauer zahlen kannst; sie haben Dir Gesetze zum wirksamen Schutze vor dem Wucherer und Steuererleichterungen versprochen; sie haben aber ihr Versprechen nicht gehalten und sie werden es nicht halten, denn die Herren halten zusammen; die großen Wucherer haben die Regierung gerade so in Händen, wie die kleinen Wucherer den Bauer in den Händen haben. Die Advokaten im Reichstag aber wollen nicht dem Bauer helfen, sondern sie wollen sich auch von seinem Fett nähren. Der Reichstag und die Regierung machen nur Gesetze zum Schutze der Reichen, sie erlauben es, dem Arbeiter und dem Bauer das Fell über die Ohren zu ziehen. Der Reichstag und die Regierung sind daher ebenso Feinde des Bauern wie des Arbeiters.

Na — denkst Du Dir — aber die Agrarier, die Großgrundbesitzer, die sorgen doch für mich? Sie verlangen Wuchergesetze und Kornzölle und die werden mir nützen. Sieh' Dich vor, Vandalenmann, und traue nicht den Großen, denn sie sind Deine schlimmsten Feinde. Sie heucheln nur Freundschaft, weil sie Dich brauchen, aber gehe ihnen nicht auf den Leim. Sie werden Dir nie helfen. Die Wuchergesetze und die Kornzölle verlangen sie nicht Deinetwegen, sondern ihrer wegen. Auf Dir trampeln sie lustig herum, wenn sie sich sicher fühlen. Bedenk', Bauer, daß die Junker es gewesen sind, welche Dir den Wald verschlossen haben, welche Dir nicht einmal mehr erlauben, Beeren und Schwämme zu sammeln! Und jetzt wollen sie gar, daß der Wildschaden Dir nicht mehr vergütet werden soll, daß Du umsonst das Wild dieser reichen Junker mästen sollst. Bedenke Bauer, daß der Wald von Rechtswegen das Eigenthum des Volkes ist, das der Junker geraubt und gefohlen hat. Der Wald muß den Reichen weggenommen werden, er muß wieder in Gemeineigenthum verwandelt werden. Das ist recht und billig.

Weißt Du aber, wie die Großen diese Wiederherstellung des Rechtszustandes nennen? Das nennen sie Kommunismus und sagen, die Kommunisten wollen brennen und morden und Alles theilen. Das wollen aber die Kommunisten nicht. Sie wollen nur dem Volk sein Recht zurückgeben: den Acker, den Wald, die Weide, kurz, das Land; das es mit seinen Händen bebaut und mit seinem Schweiß düngt, das ihm gehört und das man ihm genommen hat. Die Großgrundbesitzer vor alle in sind's, die von diesem Raub leben; sie sind Deine Feinde, Bauer, wie die Feinde der Arbeiter!

Hilf also nicht Deinen Feinden, sondern siehe Deinem Bruder, dem Arbeiter bei. Hilfst Du ihm, so müßt Ihr siegen; ja, es ist schon viel gewonnen, wenn Du nicht gegen ihn auftrittst, wenn Du nicht seine Feinde unterstützest, welche zugleich Deine Feinde sind. Er wird sich und Dir von Euren gemeinsamen Feinde vieles erobern, wenn Du ihm nicht in den Arm fällst.

Das wirst Du aber nicht thun. Die Reichen lachen freilich im Stillen über Dich und denken sich: „Der Bauer ist dumm, deshalb läßt er sich von und betrügen.“ Ich aber sage: Der Bauer ist nicht dumm, sondern nur irgeleitet. Man hat ihm einen falschen Hochmuthsdünkel eingeimpft, der ihn bisher verblendet hat, so daß er seine wahren Interessen nicht erkannt hat. Wir aber wollen ihm diese seine wahren Interessen zeigen.

Die Fabrikanten und Wucherer müssen beseitigt werden; das erfordert das Interesse des Arbeiters, wie des Bauern. Die Macht der Beamten und Richter muß eingeschränkt werden. Der Reichstag und die Regierung müssen eine solche Zusammenfassung erhalten, daß sie nicht mehr im Dienste der Reichen stehen. Anstatt Advokaten, Kapitalisten, Junkern und Pfaffen sollen die Arbeiter Arbeiter wählen, die Bauern aber sollen Bauern in den Reichstag wählen, und zwar solche, die sie von der Regierung nicht um den Finger wickeln lassen, sondern Haare auf den Zähnen haben. Den Großgrundbesitzern sollen endlich ihre Besitzungen abgenommen und an die Gemeinden als Gemeindefeld gegeben werden. Das Gemeindefeld, vor allem die Gemeindeförsten und Gemeindeflehen müssen wieder hergestellt werden, wenn der Bauer auf einen grünen Zweig kommen soll.

Das sind die Forderungen, Bauer, die Du stellen mußt. Die Sozialdemokraten stellen sich denselben nicht nur nicht feindlich entgegen, sondern helfen Dir zu deren Durchführung. Du siehst, wie unfromm es da von Dir wäre, wenn Du Deinen Feinden glaubtest und gegen die Sozialdemokraten aufträtest. Die Sozialdemokraten sind Deine besten Freunde! Alle Andern wollen Dir die Haut über die Ohren ziehen, nur die Sozialdemokraten nicht. Sie sind es, denen Du Dich anschließen mußt ihrem Kampfe gegen Wucherer

und Fabrikanten und Großgrundbesitzer, gegen Regierung und Parlament, gegen das Militär und die hohen Steuern. Sieh, es kann nicht länger so fortgehen! Von Jahr zu Jahr wachsen die Steuern, von Jahr zu Jahr wachsen die Wucherzinsen, von Jahr zu Jahr wächst die Unverschämtheit der Beamten und Junker. Wer nicht über kurz oder lang rettungslos verhungern und verderben will, muß diesen Zuständen ein Ende machen helfen.

Wir Sozialdemokraten werden es thun. Wir werden die Unterdrücker, Ausbeuter und Blutsauger, die uns und Euch in gleicher Weise quälen, niederwerfen und ihrem Treiben ein für allemal ein Ende machen. Wir werden Dir wie der ganzen Menschheit Wohlstand und Freiheit bringen. Darum, Bauer, siehe zu den Sozialdemokraten!

Symmachos.

Sozialistischer Weltkongreß. An die Sozialisten beider Welten.

Brüder! Der Gedanke, auf nächstes Jahr einen sozialistischen Weltkongreß einzuberufen, hat allenthalben eine ausgezeichnete Aufnahme gefunden. Die sozialistischen Blätter und die Organe der Arbeiterorganisationen Frankreichs, Deutschlands, der Schweiz, Italiens, der Niederlande, Oesterreich-Ungarns, Dänemarks, Spaniens, Englands, Portugals und der Vereinigten Staaten haben ihre Zustimmung zu dem Vorschlag der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei erklärt.*

Wir wenden uns nun von neuem an die gleichen Blätter und Arbeiterorganisationen aller Länder und unterbreiten ihnen das folgende Programm, mit dem Ersuchen, uns ihre Meinungen über dasselbe vor dem 1. Januar 1881 mitzutheilen.

1) Der Kongreß soll am zweiten Sonntag des Septembers 1881 und den sechs folgenden Tagen in Zürich (Schweiz) stattfinden.

2) Die Tagesordnung soll folgende sein:

a) Lage der sozialistischen Partei in den verschiedenen Ländern; Statistik der Arbeitergruppen; philosophische, politische und soziale Gedanken, welche in ihnen vorherrschen; Forderungen und Anregungen, welche man hieraus für die Zukunft der sozialistischen Bewegung, namentlich für die Hypothese einer allgemeinen Revolution ziehen kann.

b) Politische und wirtschaftliche Bedingungen des Proletariats in jedem Lande; Regierungs- und sonstige Verfolgungen, denen die Vorkämpfer des Proletariats ausgesetzt sind; Forderungen und Kampfsart, welche den Sozialisten hiedurch vorgezeichnet werden.

c) Ist ein Bündniß aller sozialistischen Kräfte möglich, und auf welcher Grundlage wäre es zu schließen? Organisation.

d) Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms der sozialistischen Grundsätze, sowie der Agitation und der Propaganda. Alle Einzelfragen sind vorbehalten.

e) Soll ein amtliches Zentralorgan anerkannt oder geschaffen werden, in welchem alle sozialistischen Verträge besprochen werden?

f) Soll in jedem Lande eine Anstalts- und Hülfsgesellschaft für die Arbeitslosen, für die sozialistischen Opfer der Bourgeoisverfolgungen u. dergleichen werden?

g) Abfassung eines in allen Sprachen unter den Arbeitern zu verbreitenden Manifests, welches dem Volk seine Lage darlegt und ihm zeigt, was seine Herren einer- und die Sozialisten andererseits wollen, und durch welche Mittel es der modernen Sklaverei zu entrinnen vermag.

Es können beliebige andere Punkte aufgestellt werden, doch rathen wir unsern Freunden, die Tagesordnung nicht zu überschreiten. Die letztere wird im Januar endgültig festgestellt werden, damit die Vertreter ihre Berichterstattung mit Ruhe vorbereiten können.

Wir ersuchen alle sozialistischen Blätter, das gegenwärtige Rundschreiben in ihrer Sprache veröffentlicht zu wollen.

Für den Landesrath der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei:

G. KUSCHÉ.

14 Pleckerstraße, Gent, Belgien.

Der Internationale Arbeiterverein Zürich, die einzige auf deutschem Sprachgebiet übrig gebliebene Sektion der alten Internationale, aus Angehörigen aller Nationalitäten bestehend, hat hinsichtlich des sozialistischen Weltkongresses folgende, ihm von dem hiesig bestellten Ausschuß (siehe Nr. 37) unterbreiteten Beschlüsse einstimmig gefaßt:

I. Zu Erwägung,

daß die Vereinerung der Arbeiterklasse das Werk der vereinigten Proletarier aller Länder sein muß;

daß es zur erfolgreichen Führung dieses Kampfes notwendig ist, der wohlorganisirten Internationale der Unterdrücker und Ausbeuter eine Internationale der Unterdrückten und Ausgebeuteten entgegenzusetzen;

daß zu diesem Zweck eine Verständigung aller Sozialisten ohne Rücksicht auf Nationalität und Schülmeinungen, und die Anknüpfung dauernder Verbindungen zwischen den sozialistischen Parteien und Gruppen, mit einem gemeinsamen Mittelpunkt, erforderlich ist;

erklärt der Internationale Arbeiterverein Zürich seine volle Zustimmung zur Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses, in der Erwartung, daß dieser Kongreß einen wirksamen Zusammenhang zwischen den Sozialisten aller Länder und Nationen schaffen werde, aus welchem sich eine neue, lebensfähige Internationale entwickeln kann.

II. Zum Zweck der Erreichung dieses Zieles stellt der Internationale Arbeiterverein Zürich an den sozialistischen Weltkongreß folgende Anträge und ersucht den Landesrath der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei um Uebermittlung, bezw. Einreichung derselben in die Tagesordnung:

1) Die sozialistischen Parteien und Gruppen aller Länder und Richtungen bilden einen Internationalen Bund des Sozialismus.

2) Als Mittelpunkt des Bundes wird ein Verlehrs-Büreau gegründet — wie es schon auf dem Genfer Kongreß 1877 beschlossen wurde, aber bei der damaligen, noch nicht hinreichend fortgeschrittenen Entwicklung nicht lebensfähig zu werden vermochte —, welches eine unmittelbare Verbindung zwischen allen Gliedern des Bundes — den Parteien und Gruppen — herzustellen und aufrecht zu erhalten hat. Der Sitz dieses Verlehrs-Büreaus, sowie seine Zusammenfassung wird von dem jedesmaligen Kongreß bestimmt. Die laufenden Geschäfte versieht ein vom Kongreß gewählter, mit Gehalt angestellter Sekretär, dessen Gehalt durch verhältnismäßige Beiträge der Bundesglieder aufgebracht wird.

3) Die Bevollmächtigten (Vorstände, Ausschüsse, Centralräthe u.) der verschiedenen Glieder des Bundes haben eine regelmäßige Verbindung mit dem Verlehrs-Büreau zu unterhalten, ihm aber ihre Organisation, ihre Programme, den Gang der Arbeiterbewegung und den Stand der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung ihres Landes, den Umfang ihrer Agitation, die Zahl ihrer Sektionen und Mitglieder, ihre Beobachtungen in Bezug auf drohende Maßnahmen der Behörden und Arbeitgeber ihres Landes, sowie in Bezug auf gefährliche und verdächtige Personen, kurz über alles für die Sozialisten anderer Länder Wichtige und Wissenswürdige Mittheilung zu machen. Ebenso theilen sie ihm Anträge und Beschwerden an und gegen den Bund und seine Glieder mit und können die Vermittlung von Rundschreiben und Mittheilungen jeder Art an alle Glieder des Bundes verlangen.

4) Das Verlehrs-Büreau hat die an es gelangenden Mittheilungen der Parteien und Gruppen im Interesse der Sache, zur Warnung, Anreizung und Aufrechterhaltung zu verwenden und wenn nöthig sofort an die betreffenden beteiligten Bundesglieder zu berichten, im Uebrigen aber alle Halbjahre und sobald es sonst erforderlich scheint, einen übersichtlichen Bericht über die allgemeine Lage des Bundes und der Bundesglieder, sowie der Arbeiterlage der verschiedenen Länder, endlich auch über seine eigene Thätigkeit mittelst Rundschreiben an alle Bundesglieder zu erstatten, dessen nichtvertraulicher Theil in allen sozialistischen Blättern zu veröffentlichen ist.

5) Ein besonderes Augenmerk hat das Verlehrs-Büreau zu richten auf Verfolgung und Durchkreuzung der Thätigkeit der internationalen Polizei,

* Zu den schon bekannten Parteien und Gruppen treten seitdem noch die sozialistische Arbeiterpartei Nordamerikas und der Bund der Organisten von Vankuver (Schottland) bei.

Verfolgung und Unschädlichmachung der Polizeispione und agents provocateurs u. dergleichen Uebermittlung von diesbezüglichen, ihm von den Parteien und Gruppen des Bundes mitzutheilenden Berichten, Stetsbriefen u. dergleichen Thätigkeit in Erfahrung gebrachter Thatsachen an die betreffenden Bundesglieder.

6) Weiter hat das Verlehrs-Büreau mit Eifer für Herstellung einer sozialistischen Verlehrslinie zur Beförderung von Brief- und anderen Sendungen durch alle Länder und zum Gebrauch aller Parteien und Gruppen des Bundes zu wirken, und haben ihn in Erfüllung dieser Aufgabe die sämtlichen Bundesglieder mit allen Kräften zu unterstützen, bezw. ihre eigenen Verlehrswege zur Verfügung zu stellen.

7) Schließlich hat das Verlehrs-Büreau der Forderung im § 2 der vom Genfer Kongreß der Internationale 1866 beschlossenen Instruktionen für die Delegirten des provisorischen Generalcongrès — der statistischen Untersuchung über die Lage der arbeitenden Klassen aller Länder durch die eigene Initiative der arbeitenden Klassen — seine größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, bezw. das von den Bundesgliedern einzuschickende Material zu verarbeiten.

8) Das Verlehrs-Büreau hat den alle drei Jahre stattfindenden Kongreß einzuberufen, demselben Rechenschaft über seine Geschäftsführung zu geben und seinen Austrag in dessen Hände zurückzugeben.

9) Die Anstrengungen der Bundesglieder müssen darauf gerichtet sein, unzusammenhängende Arbeitervereine eines Landes in nationale Vereinigungen, Parteien, Verbände u. dergleichen zusammenzufassen. Im Uebrigen werden die Organisationen der Bundesglieder durch ihre Zugehörigkeit zum Bund in keiner Weise angetastet.

10) Die Glieder des Bundes behalten die vollkommenste Freiheit in Vertretung ihrer abweichenden Meinungen, sind jedoch verpflichtet, dieselben nur in sachlicher und verständlicher Weise zu äußern, sich überhaupt mit Achtung und Brüderlichkeit zu behandeln und sich in allen ihren wirtschaftlichen und politischen Forderungen moralisch und materiell zu unterstützen. Beschlüsse, welche einer Landesorganisation innerhalb ihres Wirkungskreises in Bezug auf Organisation, Disziplin u. dergleichen hat, sind von allen Bundesgliedern zu respektiren.

III. Der Internationale Arbeiterverein Zürich begrüßt den Vorschlag des Landesrathes der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei, den sozialistischen Weltkongreß in Zürich abzuhalten, mit Freuden und versichert die Vertreter der sozialistischen Arbeiter der ganzen Welt für den Fall, daß Zürich endgültig als Kongreßort gewählt werden sollte, der brüderlichsten Aufnahme seitens der Zürcher Arbeiterpartei und jeder in ihren Kräften stehenden Förderung.

Wir fordern die Genossen allerorts an, die vorstehenden Vorschläge eingehend zu berathen und uns ihre Meinungsäußerungen und Beschlüsse zur geeigneten Verwendung und Uebermittlung einzusenden.

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

* In den letzten Tagen des vorigen Monats tagte in Bern der schweizerische Juristentag. Derselbe verhandelte u. a. auch über den „Begriff des politischen Verbrechens und die Auslieferung politischer Verbrecher“. Wir bedauern, daß uns der Raum fehlt, über die sehr interessante Debatte und namentlich über die beiden für weitestgehende Ausdehnung des genannten Begriffes und entsprechende Handhabung des Asylrechtes eintretenden vortheilhaftigen Reden und Thesen des Zürcher Privatdozenten Pfenninger und des Bundesrichters Morel eingehender zu berichten. Der Hauptinhalt der von beiden aufgestellten Thesen ist folgender:

Politische Verbrecher verdienen eine bevorzugte Ausnahmestellung, auch dann, wenn sie die Merkmale eines gemeinen Verbrechens tragen. Es gibt keine politisch-gemischten Verbrechen, sondern entweder ist das Verbrechen politisch oder es ist es nicht. Ueberwiegt das Gemeine, so ist der Thäter auszuliefern; der Grundsatz der Nichtauslieferung politischer Verbrecher ist unbeschränkt aufrecht zu erhalten. Außerdem kann die Auslieferung verweigert werden, wenn die Schweiz das fremde Recht oder den fremden Richter als solchen, gemäß allgemeinen Grundsätzen über die Fähigkeit des Richters, nicht anerkennt; wenn sie das Verbrechen, weswegen Auslieferung beantragt wird, in ihrem Recht nicht hat; wenn der begehrende Staat barbarische Strafen hat, oder wenn er das Verbrechen mit dem Tode bestraft, während wir selbst dies Strafmittel verwerfen. Die Schweiz als Asyl politischer Verbrecher in Mitte Europas parteilos, ohne Interessen für alle Parteien, hat einen weltgeschichtlichen Beruf und sie verwirklicht in liberaler Gewährung jenes ihre Grundsätze. Die Schweiz soll in der Asylgewährung weitherzige Grundsätze beibehalten, aber Spione, agents provocateurs und Geinbel berast mit Grund wegweisen. Ausweisung darf niemals einem fremden Staat zu Gefallen verhängt werden. Kein Staat hat das Recht, von Andern eine besondere Kontrolle politischer Flüchtlinge, Führung von Listen, Präventivmaßnahmen zu fordern, noch darf dergleichen von der Schweiz entprochen werden. Nur thätliche Angriffe mit Waffen, offizielle und halboffizielle dolose Unterstützung des Feindes können als Verletzung des Völkerrechtes bezeichnet werden; der bloße Gebrauch von Rede, Schrift und Verbindung ist ungeeignet. Die Schweiz kann weder einen fremden Staat zu strafrechtlichem Schutze wegen Verleumdungen oder Angriffen auf die Existenz der Eidgenossenschaft durch die Presse auffordern, noch auf Gegenrecht ähnliches gewähren.

Es ist im Interesse der Ehre der Eidgenossenschaft zu wünschen, daß diese acht republikanischen Grundsätze — deren Anerkennung durch hervorragende Rechtsgelehrte unseres Landes zugleich die entsprechende Abfertigung der in letzter Zeit von gewissen schweizerischen Preshoragen inszenirten schmachtvollen Hetze gegen den „Sozialdemokrat“ und die hier lebenden deutschen Sozialdemokraten bilden — von den Behörden und namentlich vom Bundesrath in Zukunft mehr beobachtet werden, als in den schmählichen Affären Reichsaffäre, „Avantgarde“, Brouste und Gehlen.

Deutschland.

* Es scheint sich zu bestätigen, daß wieder ein Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie im Werk ist. Während von der Absicht, den kleinen Belagerungsstaat über Leipzig zu verhängen, nichts weiter verlautet, wird zugestanden, daß diesbezügliche Unterhandlungen zwischen der preussischen Regierung und Hamburg schweben. Ein Offiziosus schreibt darüber: „Die preussische Regierung hat schon seit längerer Zeit danach gestrebt, der Sozialdemokratie in den Städten Altona, Ottensen und Wandbeck in wirksamerer Weise repressiv entgegenzutreten zu können, als dies bisher möglich gemacht war. Es muß dabei nicht vergessen werden, daß schon seit einer Reihe von Jahren, während welcher die Sozialdemokratie in Hamburg zwar eine bedeutende Stärke entwickelte, aber doch im Wahlkampfe immer noch

unterlag, die sozialistischen Kandidaten in Altona, Ottensen und Wandsbek regelmäßig mit erheblichen Majoritäten aus den Wahlen hervorgingen und nur durch die ländlichen Stimmen mit genouner Noth und nicht immer mit Erfolg bekämpft werden konnten. Bei der Wahl im zweiten hamburgischen Wahlkreise im Frühjahr d. J. sollte der Sieg Hartmann's nach vielfachen, übrigens keineswegs bewiesenen Behauptungen durch starken temporären Zuzug lediger wahlberechtigter Arbeiter nach diesem Wahlkreise, namentlich auch aus dem angrenzenden Altona durchgesetzt sein. Die preussische Regierung hat nun aus diesem Anlasse dem hamburgischen Senat den Vorschlag gemacht, auf Grund der durch das Sozialistengesetz gegebenen Ermächtigung den sogenannten kleinen Belagerungs-zustand in den an Hamburg angrenzenden preussischen Bezirken inklusive Altona, Ottensen und Wandsbek einzuführen, mit der Voraussetzung, daß der hamburgische Senat oder die im Gesetz vorgezeichnete „Landeszentralbehörde“ dasselbe für Hamburg verfüge resp. sich vom Bundesrathe die dazu erforderliche Ermächtigung einhole. Dieser Vorschlag scheint aber kein besonderes Entgegenkommen gefunden zu haben, vielmehr die Erklärung hervorgehoben zu haben, daß man sich hamburgischerseits im Stande fühle, Ruhe und Ordnung auch gegenüber der Sozialdemokratie dauernd aufrecht halten zu können. Schließlich scheint jedoch hamburgischerseits anerkannt zu sein, daß, wenn Preußen in Altona u. d. gedachten Ausnahmemaßregeln durchzuführen gedenke, Hamburg nicht zurückbleiben könne, da schon die Lage der beiden Gebiete ein gleichmäßiges Vorgehen notwendig mache. Das heißt: die „freie Stadt“ wird durch die so überzeugenden Gründe des Stärkeren eines Besseren belehrt. Die preussische Regierung droht nämlich Hamburg im Widerstandesfall mit Zwangsmaßnahmen, Abschaffung eines Reichskommissars zur Uebernahme der hamburgischen Polizeiverwaltung u. d. Und da Hamburg schon von dem Bollstreit her weiß, daß in Deutschland ebensogut den Bundesstaaten wie dem Einzelnen gegenüber Gewalt vor Recht geht, so läßt es sich „überzeugen“.

Wir werden uns heute auf eine Besprechung der geplanten Maßregel und ihrer Folgen — ihre „Rechtsmäßigkeit“ braucht überhaupt nicht besprochen zu werden — nicht einlassen; dazu ist noch Zeit, wenn man sich vor der fertigen Thatsache befindet. Aber wir wollen darauf hinweisen, daß die Maßregel selbst in den Kreisen unserer durch die Ereignisse des letzten Jahres bedeutend ernüchterten Gegner eine sehr getheilte Aufnahme findet. Ein süddeutsches liberales Blatt schreibt: „Diese Maßregel wäre dort so wenig im Stande, die sozialistische Bewegung zu unterdrücken, wie in Berlin: Polizeimaßregeln können überhaupt die Sozialdemokratie nicht vernichten“. Die fortschrittliche Berliner Volkszeitung aber warnt davor, noch mehr Wind zu säen, auf daß man nicht Sturm ernte. „Wohin man gelangt, das wird man meist erst gewahrt, wenn es zu spät ist. Wahrscheinlich, ein eventueller Belagerungszustand über Leipzig und Hamburg würde nur noch etwas mehr Wind säen. Man kann bei solchen Experimenten niemals die Idee und immer nur Personen treffen. Die aus Hamburg und Leipzig ausgewiesenen sogenannten Führer der Sozialdemokratie — und gerade die begabtesten unter ihnen — würden möglicherweise von Stadt zu Stadt ziehen und durch ihre persönliche Gegenwart und ihren persönlichen Umgang mit einzelnen Personen, ohne den Versuch zu machen, Versammlungen abzuhalten oder gar verbotene Schriften zu vertreiben, die Arbeiter in Deutschland aufzumuntern, zum Ausscharen bewegen und so, ohne daß man ihnen etwas anhaben könnte, eine Propaganda für die Sozialdemokratie in's Leben rufen, von der die Herren am grünen Tisch bisher keine Ahnung gehabt haben.“ Wir haben dem vorläufig nichts hinzuzufügen.

Das Bismarckische Leiborgan hat sich ein schönes Zugeständniß entschlüpfen lassen. Man kennt ja den bequemen Lehrsatz unserer Gegner, wonach die sozialistische Bewegung eigentlich nichts als das Werk einiger Wähler und Volksaufheher sei, die es verstehen, soviel Spektakel zu machen, daß man sie für die hundert- und tausendfache Zahl hält. Hat doch einmal Herr Wehrenpennig — ob diese Erfindung zum Geheimrath beigetragen hat? — behauptet, daß unter den 500,000 sozialdemokratischen Wählern „keine 5000, ja keine 500“ wirkliche Sozialdemokraten seien. Unsere Partei habe mit Ausnahme der Fabrikdistrikte mit ihren „verkommenen Proletariatsmassen“ nicht den geringsten Anhaltspunkt im Volk u. d. Nun, was es mit diesen Behauptungen auf sich hat, haben die Thatsachen schon so oft bewiesen, daß nur mehr ein verhältnißmäßig winziger Theil unserer Gegner den Lehrsatz von der Halt- und Einflußlosigkeit der Sozialdemokratie im Volk zu wiederholen wagt. Die ausdrückliche und weitgehendste Wiberufung dieses alten Lieblingslappes leistet aber die „Nordd. Allgem. Ztg.“ in einer ihrer letzten Nummern. Sie erzählt, daß es nur Bismarck allein zu danken sei, wenn die von dem früheren Minister Eulenburg (der Säbel haut, die Klinge schießt) vorgelegte „nicht zu freisinnige, sondern geradezu revolutionäre (!) Städteordnung“ nicht durchgedrungen sei. „Wäre sie durchgegangen, so hätten die Sozialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung von Berlin und Breslau, und wir wissen nicht, in welchen sonst noch, schon heute die Majorität.“

Also eine von einem eingefleischten Reaktionsär gemachte Gemeinde-Wahlordnung, die durchaus nicht das allgemeine direkte Wahlrecht der Gemeinde eingeführt hätte, sondern im besten Fall einige der schreiendsten Formen der Klassenherrschaft beseitigt und den Nichtbesitzenden zu einem mehr als bescheidenen Einspruchsrecht verholfen hätten, würde nach Ansicht des bismarckischen Organs schon genügen, uns die Verwaltung der Hauptzentren des Landes binnen kurzem in die Hände zu spielen! Das heißt doch wohl nichts anderes als: das Volk von Berlin, Breslau u. d. ist in seiner Mehrheit sozialistisch, und nur die besitzenden, die Mehrzahl der Bevölkerung vom Wahlrecht ausschließenden Klassengesetze ermöglichen es, daß diese Thatsache nicht auch in der „Selbstregierung“ zum Ausdruck gelangt, sondern daß die Interessen der winzigen Minderheit allein herrschen! Wir denken, wir können von unsern Gegnern kein rückhaltloses Zugeständniß ihrer eigenen Schwäche und der Aussichtslosigkeit ihrer Sache verlangen!

In unserer Verfolgungsschronik nimmt diesmal den hervorragendsten Platz die wahrhaft skandalöse Verurtheilung der Gen. Paschky und Weidner in Dresden zu einem Jahr Gefängniß ein, wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungs-

klassen gegen einander in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise.“ Wir erwarten demnächst einen eingehenderen Bericht über diese neue Schandthat der sächsischen „Justiz“ und begnügen uns deshalb für heute mit dem kurzen Hinweis, daß diese Verurtheilung wegen Verbreitung des bekannten Flugblattes und Plakates „An das deutsche Volk“ erfolgte, daß die dresdener Justiz die Angeklagten erst des Hochvertrahs anklagen wollte, welche Anklage indeß das Reichsgericht zurückwies, und daß das Urtheil in Dresden natürlich schon von vornherein fertig war. Daß ein solches „Gericht“ die Oeffentlichkeit scheuen mußte und demnach vor verschlossenen Thüren verhandelte, ist sehr begreiflich. Dresdener Blätter halten die Aufrechterhaltung des Urtheils für unmöglich; wir denken hierin weniger optimistisch. Haben uns doch unsere Gegner am Rathstisch wie am Richtertisch schon oft genug bewiesen, daß sie jeder Gewalt- und Schandthat fähig sind. Aber ihr Maaß wird auch noch voll werden! — Eine weitere Verurtheilung wegen eines Flugblattes, des bekannten „Ungezielter Tod“, erfolgte in Reichen. Gen. Sideri wurde wegen Aufreizung zum Klassenkampf und Verbreitung verbotener Schriften zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Das Urtheil reicht sich dem dresdener würdig an. — Dagegen wurde in Frankfurt Agent Thomas wegen Verbreitung revolutionärer Schriften, deren „gewerbsmäßige“ Verbreitung ihm verboten war, freigesprochen, trotzdem nachgewiesen war, daß eine regelmäßige Verbreitung stattgefunden hatte. Das Gericht sprach nämlich aus, daß zum Begriff der „gewerbsmäßigen“ Verbreitung notwendig der Erwerb eines geschäftlichen Vortheiles gehöre,“ der dem Angeklagten nicht nachzuweisen war. Man merke sich das! — Gen. Fehleisen hat in Rottenburg seine Strafe wegen Verbreitung verbotener Schriften angetreten.

Hausfuchungen fanden in den letzten Wochen wieder zahlreiche statt, insbesondere in Berlin, wo es der Behörde gelungen sein soll, 3—4000 Stück verbotener Zeitungen und Flugblätter aller Arten zu erwischen. Das wäre freilich einmal etwas, da sich die Polizei bis jetzt stets nur mit ein paar „Banzen“ u. dergl. zufrieden geben mußte, meist aber ganz leer ausging. Da es aber die „Nordd. Allgem. Ztg.“ ist, welche jene polizeiliche Freudenpost bringt, so wird es wohl schon deshalb erlogen sein; außerdem haben wir von unsern Berliner Freunden keinerlei diesbezügliche Mittheilungen erhalten. — Berichten gegnerischer Blätter zufolge fand bei der Anwesenheit des III. Armeekorps in Berlin gelegentlich der Uedungen ein förmliches Wettrennen zwischen Sozialdemokraten und Polizei statt. Es wurden Massen von Flugblättern in den Straßen, Wirthschaften u. d. verbreitet. Um die Verbreiter zu ermitteln, waren seitens der politischen Polizei sofort insofern Vorkehrungen getroffen worden, als die Bewachung durch Scheimpolizisten bedeutend verstärkt wurde; jedoch haben alle Anstrengungen zu keinem Resultat geführt. Eine ganz bedeutende Anzahl dieser Schriften soll auch in die Kasernen hineingeschmuggelt und dort in den Korridoren und einzelnen Zimmern aufgefunden worden sein. Die Kaserne in der kleinen Alexanderstraße war besonders reich damit bedacht worden. — In Chemnitz fanden ebenfalls verschiedene Hausfuchungen und Beschlagnahmen statt und zwar merkwürdigerweise meist bei Liberalen und sonstigen Reichstreuern. Wenn das am grünen Holze geschieht! — Die jüngst gemeldete Beschlagnahme des Tages und der Korrekturbogen der Karl Marx'schen Broschüre „Lohnarbeit und Kapital“ in Breslau wurde aufgehoben, dagegen das Manuskript an das Gericht übergeben. — Auch in München waren wieder verschiedene Hausfuchungen, wobei zwei Genossen aus den Betten geholt wurden und ein verurtheilter Genosse ohne vorherige Aufforderung zum Strafantritt in's Gefängniß abgeführt wurde.

Verhaftet wurden: in Berlin Tischlergeselle Schütz, Student Konne und ein Gastwirth, wegen angeblicher Verbreitung verbotener Schriften; am 28. vor. M. Gen. Ried aus Basel an der badischen Grenze wegen angeblichen Schmuggels verbotener Schriften, indeß hat sich die Polizei in ihrem Ueber-eifer abermals betrogen, denn es wurde bei Ried absolut nichts gefunden und wird derselbe deshalb in Bälde wieder frei gelassen werden müssen. — Der aus dem berliner „Geheimdruckerei“-Prozess bekannte Anarchist Werner ist entlassen und aus Berlin ausgewiesen worden; er soll sich nach der Schweiz gewandt haben.

Die sämtlichen Arbeiter der Graf Henkel-Donnermars'schen Kohlengrube Gottesseggen bei Rattowitz, 300 an der Zahl, haben die Arbeit eingestellt, da sie bei den unglaublich niedrigen Hungerlöhnen und den durch die Finanzjölle emporgetriebenen Lebensmittelpreisen nicht mehr bestehen können. Vermuthlich wird der menschenfreundliche Graf versuchen, die Streikenden zu Unruhen aufzureizen, um der herrlichen Kriegsmacht und den Gerichten Gelegenheit zur Anwendung ihres Handwerks zu geben und „seinen“ Arbeitern ihren „Ueber-muth“ anzutreiben.

W. Berlin, 28. Sept. Der erste Auszug der letzten größeren Prozesse gegen hiesige Parteigenossen hat zur Wenige gezeigt, daß die Richter doch nicht immer bereit sind, dem Staatsanwalt Scherzgedienste zu leisten. Vielmehr hat dazu die der Regierung so unangenehme Publikation des bekannten Lewin'schen Briefes in der Robilung-Affaire nicht wenig beigetragen. Freilich ist es schon schlimm genug, daß monatelange Untersuchungsarbeit der endlichen Freisprechung vorhergeht. — Was das Ausnahmengesetz betrifft, so wird hier vielfach bezweifelt, ob i. J. eine einfache Verlängerung desselben eintreten wird; mindestens glaubt man, daß dies nicht in der alten Form sein werde. Denn die Regierung dürfte einsehen, daß durch die bisherigen Maßregeln eben nur die öffentliche Agitation unterdrückt werden konnte, während die geheime an Umfang zunahm. Leider geschieht darin in letzter Richtung noch immer zu wenig, und fehlt es vor allem an einem einheitlichen Vorgehen auf diesem Gebiete. Einige kleine Wählerfolge wirkten hierbei hemmend; aber läßt man sich doch nicht so leicht abschrecken, denn mit größerer Vorsicht lassen sich unnütze Opfer unschwer vermeiden. Wohl belagert die Polizei in Zivil zu gewissen Zeiten förmlich die ihr verdächtigen Genossen; in dessen bei geringer Aufmerksamkeit erkennt man die Gesellen leicht. Vermeide man, ihnen Material zu liefern; Berlin ist zu groß und überall hin kann man seine Ohren nicht gleichzeitig senden. Es wäre die höchste Zeit, daß mehr für die bevorstehenden Wahlen geschähe; es sind noch nicht die Kandidatenlisten publizirt, Wahlflugblätter, seit langem erwartet, sind noch nicht eingetroffen. Man kann hierin nicht früh genug anfangen! — Die Herren Finz und Körner sind schon einige Zeit hier, ohne bisher im Stöcker'schen Verein oder öffentlich gesprochen zu haben. Sie stehen im Stöcker, der wohl durch sie die Schaar seiner Anhänger vermehren will, in innigen Beziehungen. Sie selbst haben aber chingigere Pläne. Es soll ein sozial-sozialer Verein gegründet werden unter Prof. Wagner's Regide; das politische Programm unserer Polizei soll aufgehoben und die Bismarck'schen Völkerebegleitungspläne sollen unterhört werden. Ob es jemand ehrlich meinen kann oder weiß was er thut, wenn er — wie die genannten Herren — das demokratische Grundprinzip unserer Partei bei Seite wirft, die Selbstbestimmung misachtet und die Volksbegleitung

als Monopol einem Bismarck überantworten möchte, der seinerseits gern das Parlament zum Teufel jagte, wenn es noch möglich wäre? Jedenfalls hätte die Reaktion sich brauchbarere Werkzeuge suchen sollen.

Altona, 27. Sept. Seit einiger Zeit kam es uns in unserm Lieben, von den Argusaugen des Gesetzes und dem Engel der Polizei so gut bewachten Städtchen recht langweilig vor, denn in vollen drei Wochen war nicht eine lumpige Hausfuchung und noch viel weniger eine Verhaftung vorgekommen, vielmehr mußte die Staatsanwaltschaft die drei unschuldig verhafteten Leute, über die in Nr. 38 d. Bl. berichtet wurde, am Tage nach dem heiligen Sedan, weil auch nicht das Geringste gegen sie vorlag, entlassen. Jetzt scheint es aber wieder lustiger zu werden, denn die Polizei als eine solche Anstalt, wo Sozialdemokraten verkehren, trat am Abend gegen sieben Uhr acht Polizisten ein, saßen sich die vier dort sitzenden Gäste an und nahmen zwei bekannte Sozialdemokraten mit zur Polizeiwache. Dort wurden sie ohne jede weitere Erklärung bis auf's Hemd durchsucht und dann wieder entlassen. Beide wußten sie aber zur Angeklagt nicht, wie ihnen geschah, am nächsten Tage gingen sie aber zur Polizei und forderten auf Grund der §§ 102 und 107 der Strafprozessordnung, daß ihnen eine schriftliche Erklärung darüber gegeben werde, weshalb sie fest und durchsucht worden seien. Unser geduldrter Polizeiwache gab darauf die folgende Erklärung ab: „Ich werde Ihnen keine Erklärung geben und will Ihnen nur sagen, daß, wenn ich Sie aus der Strafe sehe und es paßt mir, so verhafte ich Sie, aus dem einfachen Grunde, weil — Sie Sozialdemokraten sind!“ — Die Geschichte macht sich. Also nicht einmal das Sozialistengesetz soll uns „zu Gute“ kommen. Die Gründe, warum aus der (S) Engel so verfolgt und sehr profanischer Natur; er hat eine ungeheuerliche Masse Schulden und Wechsel angehäuft, die die Gläubiger nicht mehr zum zahlen oder höchsten Maße prolongiren wollen, deshalb will er bei uns Karriere machen, damit ihn seine Freunde und Genossen Landrath Brüll und Staatssekretär Böttcher je eher je lieber protegiren können und er nicht vor der Zeit wegen nicht zu tilgender Wechselschulden zum Polizeitempel hinausgeworfen wird. Für heute möge dies genug sein; ein ander Mal erzählen wir vielleicht noch eine Geschichte, wie man Wirthshauskonfessionen verfaßt und vor Gericht Eide schwören läßt.

Hannover, im Septbr. Unsere Gegner sorgen dafür, daß wir in dieser traurigen Zeit auch hienieden eine frohe Stunde haben. So hier die uns feindlichen Parteien Nationalliberale und Weisen. Vor ungefähr zwei Monaten hatten die letzteren eine Versammlung, in welcher der bekannte lutherische Agitator Schimmelpenninck (Regierungsrath a. D., einen Vortrag hielt, in welchem er den berühmtesten Kompromißgeneral Bennigsen so herabwürdigend und angriff, daß man hätte denken sollen, die Anhänger Bennigsen hätten Schimmelpenninck zur „Mädung der Ehre“ ihres Hauptlings zum Tode fordern müssen. Allein die Herren schwiegen, obwohl sie die Beschuldigungen gegen Bennigsen mit Leichtigkeit und gleichem Recht auf Wirths- und Genossen, also auf die Weisen, zurückwerfen könnten. Nun, wir können uns nur freuen, wenn die Herren sich gegenseitig die Wahrheit sagen, woraus wir den größten Vorteil ziehen. Vergangene Woche hat denn auch Herr v. Bennigsen gesprochen, und zwar auf einem Parteitage hier in Hannover, auf dem sich die Nationalliberalen aus der Provinz eingefunden hatten, um zu beraten, wie sie den Schlag pariren könnten, der jetzt von ihren gegenständlichen Parteigenossen geführt wird, um die Partei zu zersplittern. Dabei hat Bennigsen natürlich viel von den Freiheiten des Volkes und von dem Guten, das die nationalliberale Partei für das Volk erlangen, gesprochen, sowie daß es jetzt Aufgabe der Parteigenossen wäre, sich lecher aneinander zu fetten, damit das nicht wieder verloren ginge; und die letzten Nationalliberalen müßten beweisen, daß sie noch die Aiten wären, d. h. es soll immer weiter kompromittirt werden, bis er, Bennigsen, sein Ziel erreicht hat, und auf dem so lange ersehnten Ministerstuhl sitzt. Die Herren aus der Provinz haben auch alle Stein und Bein geschworen und gelobt, nicht zu ruhen und zu rasten, bis sie ihr Ziel erreicht hätten. Die Rede wurde Tags darauf von dem „Courier“ wörtlich in einer Beilage der Hannoveraner zur Parade gebracht, zum Gelächter der Bevölkerung, die jetzt von Bennigsen am allerwenigsten was wissen will. Hoffentlich werden wir Herrn Bennigsen mit seiner Partei bei der nächsten Wahl begraben, wie wir demselben bei der 78er Wahl das Grab gruben.

Was nun die allgemeinen Verhältnisse hier am Orte betrifft, so sind nur traurige Zustände zu berichten. Die Geschäfte liegen alle darnieder und für den Winter sind noch schlimmere Aussichten zu befürchten. Hannover ist jetzt Weltstadt geworden, es beweist das schon, daß in zwei Wochen zwei Korde vorgekommen sind. Der Spießbürger fühlt sich aber doch beruhigt, weil die löbliche Polizei die Straßendörber sofort entdeckt hat, und dieselben hinter Schloß und Riegel verwahrt werden. — Was die Parteiverhältnisse hier anbetrifft, so sind dieselben befriedigend zu nennen; außer einzelnen Mordgeissen und persönlichen Verdächtigungen hebt sich alles gut wieder; es scheint, als ob jeder wieder das Bewußtsein hat, daß er auf dem Posten, wo er hingehört, stehen und kämpfen müsse. Diese Wiederkräftigung des Parteibewußtseins zeigte sich am besten, als vor nicht langer Zeit ein Herr Emericch, angeblich früher Redakteur und Berliner Ausgewiesener, hier sein Wesen trieb und sehr viel im Ver-ländern und Verdächtigen leistete. Derselbe konnte nämlich keinerlei Einfluß gewinnen, außer bei vier Personen, mit denen derselbe es nun hier unternehmen will, „Leipzig tapat zu machen“ — wie er sich hier ausgedrückt. In diesem Zweck ist er auch von hier nach Leipzig gereist, um die Leute anzuzupacken, wenn sie vom Kongress kommen. Ich empfinde ganz besonders den Parteigenossen diesen Eiden zur gefälligen Berücksichtigung. Die Genossen in Leipzig werden denselben ja so schon kennen; es ist also nicht notwendig, daß wir uns noch länger mit ihm besäßen. Für uns Parteigenossen muß es aber ein Sporn sein, endlich das laze und feige Geckenmen an die Seite zu stellen und mit erneuter Kraft an die Arbeit zu gehen. Die Zeit der Ruhe muß vorbei sein, ermannen wir uns! Der Thätigkeit für die Partei gibt es so viele, und wenn jede Sache, die sei noch so klein, von der rechten Seite angegriffen wird, so bleib der Erfolg niemals aus. — Von den Kongressbeschlüssen haben wir aus gegnerischen Zeitungen viel gelesen, und haben dieselben sehr befriedigend gewürdet. Wir stehen mit diesen Beschlüssen auf demselben Boden, auch bezüglich der Ausschließung Hasselmann's und Ross's. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns, muß unsere Parole sein; hinaus mit den Leuten, die bloß Götzen sind und die Partei auf eine erbärmliche Weise zu zersplittern suchen. Ein kräftiger Reinigungsprozess und wir stehen um so stärker da. Also Waid an zum neuen Kampfe! Einig und fest an den Weisern der Bourgeoisgesellschaft gerüttelt, und sie werden bald in Staub zerfallen!

K. R. P. Aus Schwaben, Ende Sept. In den letzten Tagen vereinigte sich eine Zahl gleichgesinnter Genossen unserer schwäbischen Heimath, zu denen sich mehrere Freunde aus Baden gesellten, — geistlicher und politischer Chätane zum Troz — in einem stillen Winkel unseres reichen „Vaterlandes“, um das Verbalten der Partei bei den nächsten Reichstagswahlen und deren Stellungnahme den anderen Parteien, speziell der Volkspartei gegenüber, zu besprechen. Von den 17 württembergischen Wahlkreisen gehören drei unbesetzten den Schwarzen, in den weissen Kreisen werden die „liberalen“ Wählerpartei im Grunde mit den Konfessionellen und Modernen einerseits und die sog. „Volkspartei“ andererseits ihre Kräfte mit einander messen. Für uns kommen nur drei Wahlkreise in Betracht, in denen mit Aussicht auf Erfolg und Entschiedenheit bei einer etwaigen Stichwahl in die Aktion getreten werden kann: Stuttgart, Ehlingen, Taunspart. Unsere Partei muß in die Wahlbewegung eingreifen, — darüber war man einig, aber nur da, wo eine erhebliche Stimmenzahl ins Feld geführt werden kann, um den Gewalthabern zu imponiren, die Spießbürger zu schrecken, die Unentschiedenen und Saunseligen zu gewinnen und zu ermannen, die Genossen in ihrem Selbstbewußtsein und Vertrauen auf die gerechte, am Ende doch siegreiche Sache zu stärken, kurz, die ungebrochene Macht der Partei mit schwer ins Gewicht fallenden Zahlen zu dokumentiren. Wo nur Luken oder höchstens ein paar Hunderte von Stimmen zu erwarten sind, wären Geld, Mühe und Risiko nutzlos angewendet. In Stuttgart kommen wir dies Mal höchst wahrscheinlich mit den Liberalen Konfessionellen in die Stichwahl, in Ehlingen und Taunspart gehen wir bei einer etwaigen Stichwahl zwischen den Lib. Konfessionellen und „Volksparteiern“ den Ausschlag.

Wie sollen wir nun im gegebenen Fall den gegnerischen Parteien gegenüber unser Verhalten einrichten? Die überwiegende Mehrzahl der Versammelten war entschieden dafür, lieber einem offenen als einem verkappten Reaktionsär die Stimme zu geben. Denn daß zu der Einen großen reaktionären Masse auch diese sog. „Volkspartei“ — die nicht das geringste Recht auf diesen Namen hat, weil sie kein Volk

hinter sich hat — zu nehmen ist, sollte nach den neuesten Erfahrungen in
Wannheim, Stuttgart u. a. D. jedem Genossen klar sein. Mit dieser
Freiberischen, hochnachigen Advokatenliquor, die uns vornehmlich zu ignorieren
und wenn dies nicht mehr angeht, verächtlich herabzusetzen und mehr oder
minder verachtet zu denunzieren sucht, mit dieser verkommenen Kaffbäuer-
und Schlafmüthensuppe, deren Gros sich aus eingetriebenen Preussentressern
mit abgehenden 48er Freiheitsphrasen und großdeutschen Schreulichen
referirt, und so wenig die Stimmung des Volkes kennt und zu beunruhigen
versteht, daß ihr wider Willen Reichs- und Landtagsmandate in den
Schloß fallen, — mit einer solchen Gesellschaft, die ihrer baldigen Auf-
lösung an politischem Marasmus entgegen geht und deren Erbschaft wir
doch über kurz oder lang antreten werden, dürfen wir nie und nimmer
partizipieren. — Eine andere Frage ist es freilich, ob wir, um diesen Auf-
lösungsprozeß zu beschleunigen, einem erklärten Reaktionsär im
gegebenen Fall zum Sieg verhelfen. So sehr mein Gefühl sich dagegen
sträubt, für einen adligen Bauernsänger wie Barnbiller, oder notorischen
Besungslumpen wie Hölder zu votieren, aus tatsächlichen Gründen muß
dieses Opfer gebracht werden (? D. K.), und Gesellschapspolitik dürfen
wir am allerwenigsten treiben.

Der Zusammenhang und Zusammenhalt unter den Genossen ist sehr
deutlich und wird noch durchgehender Reorganisation unzerbrechlich sein,
um, gleichweit entfernt von übertriebener Kengstlichkeit wie von leicht-
sinniger Beweglichkeit, in gedankloser Wincurarbeit den in allen Zügen
wichtigen Bau der alten Gesellschaft seinem unausbleiblichen Zusammen-
bruch entgegenzuführen. — Mit dem Versprechen, womöglich noch dieses
Jahr in größerer Zahl unter Beiziehung von Badner und Pfälzer Ge-
nossen an einem polizeifreien Orte zusammen zu kommen, um ein ein-
heitliches Vorgehen der südwestdeutschen Genossen zu ermöglichen, trennte
man sich, getragen von dem Bewußtsein, zum nachträglichen Kerger von
Polizei und Regierung, und zum augenscheinlichen Entsetzen biederer
Friedliebender, deren Angst beim Vortrag der Marcelliste sich auf den
Gesichtern malte, ein paar frohliche und erbebende Stunden unter gleich-
gerichtetem Freuden gelebt und die gute Sache um ein Bedeutendes ge-
fordert zu haben.

Belgien.

* Der Misserfolg, den der famose „sozialrevolutionäre Kongreß“
in Brüssel mit seiner sechs Mann hohen Vertretung der außer-
halb Brüssel wohnenden Anarchisten gehabt hat, zeigt sich u. a.
auch darin, daß die „Droits du Peuple“, das Organ von
mehr als drei Vierteln der „Kongreß“-Teilnehmer, wegen
Mangel an Lesern seine wöchentliche Ausgabe einstellen muß und
fortan nur mehr monatlich erscheint. Das Blatt hatte noch in
seinen beiden letzten Nummern ein gewaltiges Geißel über die
„Erfolge“ jener Zusammenkunft und das Wachsthum und die
Macht der sozialrevolutionär-anarchistischen Sache in Belgien
gemacht. Und jetzt zeigt sein Schweigen nachdrücklicher als irgend
etwas die Unwahrheit dieser Plunkereien. Lügen haben kurze
Beine!

— Abermals hat die bedientenhafte belgische Regierung auf Ver-
langen der deutschen Polizei einen deutschen Sozialdemo-
kraten ausgewiesen. Der Name des Genossen ist uns noch
unbekannt.

Dänemark.

— Kopenhagen, 24. Sept. Im gegenwärtigen Augenblick sind
unser dänischen Genossen in voller Thätigkeit, an der Reichstags-
wahl teilzunehmen, welche im 5. lopenhagener Wahlkreis stattfinden
soll, da der bisherige Vertreter desselben, ein früherer Demokrat, Bille
zum Generalkonul in Washington ernannt worden ist. Die Linke hat bis
jetzt noch keinen Kandidaten finden können, die Rechte hat endlich den
Professor Goss ange stellt und wir zuerst den Kaufmann Randsberg,
welcher schon seit langem Mitarbeiter am Parteiorgan ist und auch her-
vorragenden Anteil an der Reorganisation der Partei hat. Die Aussicht
für unsere Partei sind als sehr günstige zu bezeichnen, da der Wahlkreis
fast 16000 86, 10 Einwohner, überwiegend Arbeiter, zählt. Wenn die
Agitation energisch betrieben wird, so wäre es nicht unmöglich, daß in
Wilde auch Dänemark einen Sozialisten im Reichstag sitzen hat, wie
Deutschland, dessen Vorbild als auferstehender Genosse in allen Hinsichten
ans Herz gelegt wird. Die übrigen politischen Zustände sind außerdem
deutlich, daß immer weiteren Kreisen das Vertrauen in die beherrschende
„Ordnung“ abhanden kommt; die Reaktion hat gegenwärtig Oberwasser
und die Demokratie ist zerstreut und bietet ein jämmerliches Bild dar,
so daß unsere Partei, wenn sie nur mehr agitatorische Kräfte hätte, Ver-
ständniß genug finden würde im Lande, wodurch unser erhabenes Sache
eine große Zukunft eröffnet würde. Gerade deshalb würde die Wahl
Randsbergs von weittragender Bedeutung sein und verdient sie deshalb
auch die volle Sympathie und Unterstützung der Genossen aller Länder.
Jürgen Gaardmand.

Mittlerweile hat die erwähnte Wahl zum Fortschritt stattgefunden und
waren unsere dänischen Genossen auch bei der mündlichen Abstimmung
Sieger; bei der alsdann verlangten und stattgefundenen schriftlichen Ab-
stimmung, bei welcher sich zahlreiche Arbeiter nicht mehr beteiligen
konnten, weil sie zu ihrer Arbeit zurückgekehrt waren, siegte der konser-
vative Kandidat mit 2400 Stimmen gegen 1400, welche auf Gen. Rands-
berg fielen. (D. K.)

Italien.

* Die italienische Akademie der Wissenschaften in Modena hat
einen sonderbaren Einsall: sie setzt einen Preis aus für die beste
Beantwortung der Frage, „ob und über welche Mittel das inter-
nationale Recht gegen die anarchischen Verbindungen verfügen
könne.“ Mit anderen Worten heißt das wohl, es solle gesagt
werden, wie man auf dem Wege des Gesetzes und durch gegen-
seitige neue Abkommen der Staaten im Stande sei, die Sozial-
listen, Nihilisten und besonders die italienischen Internationalisten
zu bekämpfen. Wenn die Zeitungsnotiz, welcher wir diese in-
teressante Angabe entnehmen, richtig ist, so beträgt der Preis
des Ausschreibens sogar 500 Pfund Sterling, rund 10,000
Mark, — eine kaum glaubliche Summe. Aber gewiß wäre
sie, ja eine hundert- und taufendfach so große Summe der
herrschenden Klasse nicht zu hoch, wenn sie damit ein sicheres
Mittel gewänne, allen genannten Verbindungen aus Leben zu
können und rings auf dem Erdkreis vollkommene „Ruhe“ herzu-
stellen. Aber es wird sich wohl kaum einer das Geld mit
gutem Gewissen verdienen können, wenigstens haben sich bis
heute alle Bemühungen kleiner und großer Geister und Herrscher
als vergeblich herausgestellt, so daß die weisen modenenser Per-
sönlichkeiten entweder ihr Geld behalten oder zum Fenster hinaus-
werfen müssen. — Uebrigens soll sich der Viscount nach
Modena mit der Bitte gewandt haben, ihm seiner Zeit von dem
Resultat des Preis Ausschreibens „dienstfremdblicks“ umgehende
Berichtungen zu machen. Andere behaupten sogar, die hohe
Preissumme rühre aus dem Welfenfonds her, und suche der ge-
waltige Sozialistenvertilger Viscount jenseits der Alpen das,
was ihm in Deutschland trotz aller Mühe zu finden nicht ge-
lungen ist.

— Unser Genosse und Mitarbeiter Andrea Costa befindet
sich endlich wieder in Freiheit und hat sich nach Lugano begeben,
wofelbst sich auch seine Mitangeklagte und Freundin Frau Kulischoff
befindet. Beide sollen durch die rücksichtslose Hasi sehr angegriffen
sein. Hoffen wir, daß ihre Gesundheit bald wieder hergestellt

werde, damit sie aufs neue mit allen Kräften in den Kampf
gegen unsern Erbfeind eintreten können!

Großbritannien und Irland.

* Das verbrecherische Landstystem in Irland, welches ein ganzes
Volk zu Hunger und Elend in deren grauigster Form verur-
theilt, hat abermals ein. Akt hervorgerufen, der das ganze
Irischreich in Aufregung versetzt und doch in den vorhandenen
Verhältnissen seine einfache und natürliche Erklärung findet. Ein
Larvorb, namens Mounth morris, der wegen seiner Rückwärts-
losigkeit gegen die Pächter bekannt war, wurde, nachdem er einer
Versammlung von „Friedensrichtern“ beigewohnt hatte, in welcher
man die Exzele, ang strenger Maßregeln gegen den „wachsenden
Geist des Aufruhrs“ beschloß, — von unbekannter Hand er-
schossen und wie groß der Haß gegen die Landräuber, wie
stark der Einfluß der verschiedenen Anstaltsystem-Gesellschaften
und wie u. a. die Autorität der Regierung bereits ist, beweist die
Thatsache, daß sich kein einziger Mensch fand, der den Leichnam
tragen wollte, sondern, daß dies Geschäft des Lords Bediente
allein besorgen mußten. Jetzt will die Regierung mit Gewalt-
maßregeln einschreiten. Damit dürfte sie das gerade Gegen-
teil des Gewünschten erreichen und die lange glimmende Flamme zur
hellen Flamme ansetzen. Und ob sie diese mit Blut zu löschen
im Stande wäre, ist mehr als zweifelhaft. Jedenfalls werden
wir von ähnlichen Fällen wie der mitgetheilte noch öfters zu
hören bekommen.

— Die russische Polizei, der es ein Dorn im Auge ist, daß
die englische Regierung ihren Beeinflussungen unzugänglich ist
und daß sich zeitweise russische Revolutionäre frei und ungehindert
auf dem Boden Albions bewegen, sucht die englische Regierung
dadurch ihrem Willen zugänglich zu machen, daß sie von Polizei-
agenten an verschiedenen Orten Dynamit, Schießbaumwolle und
dergleichen „Attentats“-Instrumente legen läßt, um es dann den
bösen Nihilisten in die Schuhe zu schieben. Indes dürfte es
nur wenige Engländer geben, die diese Schliche nicht erkennen
und sich lächerlich lassen, und so dürfte die schufelige zarische
Polizei ihren sauberen Zweck kaum erreichen.

— London, 1. Oktober. Genosse Liebknecht stütete am ver-
gangenen Dienstag der Kunderversammlung des Komm. Arb.-Bild.-Ver.,
3 Percy Str., einen Besuch ab, — nicht eigentlich um einen Vortrag zu
halten, sondern mehr, um einige brennende Fragen zu beantworten. Man
bewog jedoch Gen. Liebknecht, noch einen „Griff“ zu thun, und waren
Anarchismus, Revolution u. c. einige der ersten Schlagworte, welche er,
aus dem Parteileben heraus, unter die kritische Lupe nahm. Doch
war ein Referat? Der Redner ist ja bekannt. Als ein Mann der Situa-
tion sans phrase wurde er sympathisch begrüßt, und seine Ausführungen
waren von durchschlagender Bedeutung, wie beifolgende von Beqr. Kauf-
mann eingebrachte Resolution, welche einstimmig und mit großer Be-
geisterung angenommen wurde, beweisen möge: „Die Verlammlung be-
schließt, nach Aushörung der Ausführungen des Bürger Liebknecht, ihn
und unser Genossen in Deutschland unseres unerschütterlichen Vertrauens
und unserer Sympathie in ihrem Kampfe gegen die Reaktion in Deutsch-
land zu versichern.“

Rußland.

* Wie wenig die Regierung durch alle angewandten
Schreckensmaßregeln der revolutionären Bewegung Herr zu wer-
den im Stande ist, zeigt die Thatsache, daß sie trotz ihrer
Schaaren von Sendarmen die geheimen Zeitungen und
deren Druckereien nicht zu unterdrücken vermag. Wie oft
wurde nicht schon die Aufhebung der „letzten Druckerei“ gemeldet!
Und jetzt sind wieder zwei Zeitungen auf einmal erschienen, die
Nr. 2 des „Listof Narodnoj Wolj.“ und die des Tschornj Peredjel“.
Letzterer wurde allerdings im Ausland, dagegen erstere in Ruß-
land hergestellt. Wir können für heute auf den Inhalt der
beiden Blätter nicht weiter eingehen, werden es aber vielleicht
später noch thun. Nur zwei Punkte wollen wir hervorheben.

Der „Tschornj Pered.“ beschäftigt sich diesmal stark mit der
deutschen Sozialdemokratie. Leider hat er sich durch wir wissen
nicht welchen Umstand irreführen lassen, indem er einen Schmäh-
artikel des Herrn Most gegen unsere Partei aufnahm, den er
allerdings mit einer abschwächenden Note begleitete. Denn daß es
sich lediglich um eine Irreführung handelt, beweist außer dem
sympathischen Zustimmungsschreiben, daß die Redaktion des „Tsch.
P.“ an den wydener Kongreß sandte, die beifällige Art, in
welcher sie den Kongreß in einem besonderen Artikel beurtheilt.
Es heißt dort u. a.:

„Der Kongreß verspricht zu außerordentlich erfreulichen Resultaten zu
führen. ... Auf diese Weise sehen wir, daß die Sozialdemokratie, die sich
während des größten Theils der beiden letzten Jahre an die Taktik der
Rube und der Kompromisse (?) hielt, ihre Kraft immer mehr fühlend,
immer Mäher wird. Der Einsitz dieses Bewusstseins spiegelt sich voll
und ganz auf dem letzten Kongreß ab.“

Der „Lif. Nar. Volj.“ schreibt über die heutigen, von Loris-
Melikow „reformirten“ Zustände:

„Die Konzentration der Gewalten schreitet fort, die Zahl der Polizisten
hat sich in Petersburg verdoppelt, das Spionagesystem hat riesige Umrisse
angenommen, und selbst Schriftsteller von bekannten Namen und Geisteskräfte
haben sich diesem Handwerk zugewendet; die Chronik der Verhaftungen
und Prozesse verliert nicht und in den Gefängnissen werden Schandthaten
begangen ganz wie unter Alexejoff und Drenteln. So empfangen vor
kurzem die verurtheilten Frauen Malinowskaja, Kolenkina, Witanjewa und
Katanon (bekannt aus dem Prozeß Weimar), die sich in Petersburg im
Gefängniß befinden, den Besuch einer ganzen Horde von Sendarmen und
Beamten, welche sich auf die Frauen stürzten, sie vollkommen entkleideten
und sie der eingehenden Untersuchung unterzogen, um ihre Personal-
beschreibung anzunehmen.“ Fel. Katanon, obgleich krank, wehrte sich
mühsam und wurde von Schlägen überhäuft; Fel. Malinowskaja bemächtigte
sich eine solche Gemüthsbewegung, daß sie einen Selbstmordversuch machte
und jetzt von einer seelischen Krankheit befallen ist, von der sie wohl
nie wieder hergestellt werden wird. — Um sich von dem Gefängnisregiment
einen Begriff zu machen, genügt es, einen Blick auf die von der „Nar.
Pal.“ veröffentlichte lange Liste junger Leute zu werfen, welche in den
Kerkern von Petersburg, Charkow und Sibirien den Verstand verloren
haben. Mischkin, dieser eiserne Mensch, dessen Rede vor dem Gerichtshof
vor drei Jahren in ganz Europa Bewunderung hervorrief, grub im Zen-
tralgefängniß zu Charkow einen Gang zur Flucht, der jedoch nahe seiner
Vollendung entdeckt wurde. Der Arm wurde so lange geschlagen, bis
er den Verstand verlor. Wenn dieser Mann nicht widerleben konnte,
im welchen Zustand müßten sich die anderen befinden!“

Streitsachen.

* Wir erhalten von Berlin die bestimmte Mittheilung, daß der zu
spät gekommene, angeblich „sozialrevolutionäre“ berliner Vertreter
auf dem wydener Kongreß den in unserm letzten Blatt gebührend
vorgenommenen Bericht der „Freiheit“ entschieden desavouirt
und erklärt, der Berichtschreiber sehe es offenbar nur darauf an, Zwie-
tracht und Hetscherei unter den berliner Genossen hervorzurufen.
Seine Absicht möchte aber nur bei wenigen gelungen, denn die Mehrzahl

beginnt sich bereits energisch gegen das Treiben einer kleinen Rikse zu
wehren und die gründliche Befreiung wird nicht auf sich warten
lassen.

Wir halten es nicht für überflüssig, darauf hinzuweisen, daß all das in
dem A. B. sehen Artikel der letzten Nummer gegen den über die berliner
Vertreter Gesagte nur bedingungsweise gesagt war: „wenn
der Bericht der „Freiheit“ wahr ist.“ Bezüglich des oben
bezeichneten berliner Vertreters fällt demnach der Vorwurf der Lüge mit
voller Macht auf die „Freiheit“ zurück, die dergleichen freilich schon viel
zu sehr gewohnt ist, um sich etwas daraus zu machen.

* Herr Hasselmann, der l. J. so entzückt that, als man be-
hauptete, daß er nach Amerika ausgereisen sei und dem gegenüber er-
klärte und erklärte ließ, daß ihm derlei gar nicht einfallt, daß er viel-
mehr zum Kerger und Schrecken seiner Freunde in Europa bleiben werde,
— er ist nun doch über den Häringsteigt geschwommen. Wir erhalten
von dort wie früher von London von Genossen Berichte über sein Treiben,
für die wir den Berichtstatter sehr dankbar sind, auf welche wir jedoch
aus den schon wiederholt erwähnten Gründen im Parteiorgan nicht ein-
treten können. Nur Eines wollen wir als bezeichnend hier mittheilen:
Herr H. hält auch in Amerika gleichwie in London seine „Vorträge“
(über die sozialen und politischen Zustände Deutschlands) nur gegen
bare Bezahlung und tutet auch seinerlei Disposition über dieselben. Ja,
um sich jede Unannehmlichkeit fernzuhalten, läßt er — wie es bei seinem
ersten Vortrag in Newyork (Eintritt 15 Cente — 65 Pfg.) geschah —
gleich bei der Eröffnung erklären: da man gewöhnlichen Grund zu haben
glaube, daß eine Störung beabsichtigt, so seien Anstalten getroffen, um
die Ordnung nöthigenfalls mit Hilfe der Polizei aufrecht zu er-
halten. Man kann sich den Eindruck denken, den diese Ankündigung
machte.

Wir glauben, daß Herr H. trotz seiner bekannten finanziellen Talente
drüben kaum sonderliche Geschäfte machen dürfte. Und doch ist das
„Geschäft“ der einzige Zweck der „politischen Rundreise“; denn Hr. H.
wird sich wohl kaum mehr der Einbildung hingeben, daß es ihm gelingt,
den bezüglich seiner vollkommen klar sehenden Arbeitern abermals Sand
in die Augen zu streuen.

* Von Brüssel schreibt man uns: In dem Bericht über den hier
stattgehabten „Freidenkerkongreß“ in Ihrer Nr. 39 wird gesagt: daß sich
auf demselben Hr. Photograph Hohn besunden und mit für die Belästigung
dieses Kongresses eingetreten sei. Da wäre es doch wohl sehr am Platze,
zu wissen, wie manichfaltig die Meinung dieses Herrn Hohn ist, indem
er und der Berichtstatter der „Freiheit“ über den Kongreß ein und die-
selbe Person sind und kein Bericht den Kongreß und seine Aufgabe sehr
abfällig und höhnisch kritisiert, ihn ein „Spielzeug für Bourgeois“ nennt
u. i. m. Wie reimt sich das zusammen? —

Briefkasten.

der Expedition: N. B. Eßin: Fr. 2, — 1. Cu. erb. — C. K.
K. über G: M. 6, — Ab. 4. Cu. 80 und 1. Cu. 81 erb. — Ernst
P. ...: Fr. 2,50 Ab. 3. Cu. a. d. Volksbuchhdlg. eingetroffen; nicht
an A. H., was zu beachten bitten. — T. Wei-: Fr. 1,70 Ab. 3. Cu.
Cu. erb. — Dr. A. K. Port: Fr. 3,60 erb., hieron 1. Schft. u. Port:
Fr. 2,25. Rest Ab. 4. Cu. mit Fr. 1,35 abgabe. — D. 43: M. 2,50
Ab. Rest 3. Cu. 80 erb. M. 3,50 f. Schft. Bezug liegt nicht an uns.
Direkte Edg. nicht rotham. 3) C. P. zum Baarpreis notirt. Verlanft
auf Ihr Risiko. — Händchen: Fr. 2,75 erb. Fr. kommen. Gruß! —
C. Peter: M. 12, — Ab. 3. Cu. erb. Fr. f. Ed. mit 40 gef. franz.
Text d. M. nicht zur Hand. — Jünder: M. 36, — Ab. 3. Cu. erb.
M. 20, — v. Felix siehe später i. Hfgd. Gruß! — Huber Dfht: Fr.
2, — Ab. 4. Cu. erb. — Huute: M. 2, — für >db. Fragen Sie doch
bei J. selber an. R. B. folgt. — J. Pflz: M. 21,50 erb. u. nach
Borscht vermerdet. Folgen 20 in best. Ordnung. Schrift mit 40 fort.
St. B. später. — A. G. K.: M. 8, — Ab. 4. Cu. erb. Weiteres be-
merkt. — B. Paris: Fr. 91, — Ab. 3. Cu. 2c. erb. Fr. fort. —
Kothwein Edg: M. 4,70 Ab. 4. Cu. 2c. erb. — Dfht. Ber. Chr.:
Fr. 2, — Ab. 4. Cu. erb. durch Fr. — A. Janus, Chicago: Fr. 103,00
k. Eto. an 30,9. erb. — Peter Knauer N. H.: Fr. 9,30 Ab. 4. Cu.
erb. an 30,9. — C. K. E-1: M. 3, — Ab. 4. Cu. erhalten. — Jo-
hannes B: M. 10, — erb. u. pr. 4. Cu. 80 u. 1. Cu. 81 x. eingest. —
Weiteres mit 40 notifizirt. Gruß! — Witsch, Ufer: Fr. 15, —
— J. Sch. K.: 300 Hfgd. an 2/10, abg. Eßa. u. Bm. hierher. —
B. W. — m. A. Edg. gehen stets pünktl. Nachh. mit 40 trotzdem er-
folgt. P. K. fort. — Sari Rothschild: Ab 41 folgen 37 u. all. bezgl.
Größe. Zahlg.-Avis erwartet. — M. Rim. St. Gall.: Fr. 2, — Ab.
4. Cu. erb. — Pescatore: M. 9, — Ab. 4. Cu. erb. Alles befolgt.
J. — v. wohl Gruß erwidert. Für D. E. erging im 2. Anforderg.
sich nochmals anzumelden. Da Du schwiegst, — kam es so. Herzl.
Gruß! — N. H.: Mit 40 kommen 140 C. P. u. Rebebeschiltes. —
Reichsmantelw: M. 14,00 f. Ab. u. M. 9, — f. gel. Schrift. erb.
Volksbuchhdlg. — G. B. Lottelham: Fr. 6,75 Ab. 4. Cu. u. Jhd. I.
erb. Edg. fort. — Jos. Jones Newcastle: Haben Nichts erhalten. An
men war adressirt? — Von Ab. in B. durch G: M. 10, — Hfgd.
erb. v. Org. betr. nur mündlich Rückschl. möglich! — K. R.
Str. — an: M. 3, — Ab. 4. Cu. erb. — V. B. B: Fr. mit 2 Kennen
erb. 50 C. B. folgen. Nachr. über Sch. dringl. erwartet. — Prof. H.
Wied Chaurbe: Fr. — 45 f. Schft. erb. Edg. fort. — Ruffenfeind
Vest: Fr. 3, — d. B. Ab. 4. Cu. u. Hfgd. verwendet. Nichts Neues.
— G. P. 2-9: M. 3,50 Ab. 4. Cu. u. Schft. erb. Edg. fort. — A.
Vog Beithelm: Fr. 2, — Ab. 4. Cu. u. Fr. 3,20 erb., siehe unter
Fdgquitt. — A. J. postlagernd: M. 6,20 Ab. 4. Cu. u. Schft. erb.
Edg. mit 40 fort. — E. B. — art: M. 4,20 Ab. 4. Cu. u. Hfgd.
erb. 37 ging an Fr. Eßay ebendahin. — D. B. A. B. V. Chaurbe: Fr.
Fr. 7,10 Zeller. erb. siehe später Hfgd.-Quitt. — H. K. London:
Fr. v. 3/10. erb. Zah. befolgt. Fr. 21,25 abg. Fr. noch erwartend.
Hfgd. abg. Wfg. erb. Fr. >band Reuech. — Seb. Wthm: Fr.
6, — Ab. 2. — 4. Cu. 80 erb. — W. G. Hg: M. 3, — Ab. 4. Cu.
erb. Neue Adr. vorgeh. — Rothschilchen: D. hier. 2. schließt nicht, sof. send.

Durch uns und die Volksbuchhandlung in Höttingen-Zürich ist zu be-
ziehen:

Der Republikaner

Jahrgang 88 Seiten Verkonforma

Preis 50 Cts. — 40 Pfg.

Inhalt: Ein sorgfältig ausgearbeitetes Kalendarium von Prof. Dr.
A. Weilenmann. — Zahlreiche Notizen über wichtige geschichtliche Ereig-
nisse und Geburts- und Sterbetage berühmter und berückmter Männer.
— Die Fischjagd, humoristische Erzählung von E. Albed. — August
Horneros (mit Porträt). — Nihilistische, humoristische Erzählung von
Kaufmann (mit zwei Illustrationen). — Die Bildlatterne, ein neues
Unterrichtsmittel für das Volk. Von A. Cu. — Die Liberalen der Vier
und Ader Jahre. Von A. Herter. — Der Import von Schlachtfleisch
aus überseeischen Ländern nach Europa. — Das Reich der Sonne. Von
A. Bernheim. — Demokratie und Sozialismus im alten Griechenland.
Von Symmaehos. — Eine Erinnerung an die gute alte Zeit. — Auser-
dem Gedichte und Singsprüche von Tocanville, Sauerwein, Büttig,
Stobäus, Wälti, Doppel, Hezel, Herwegh, Claude Tillier, Fichte, Jaharid,
u. Ahering, Knapp u. — Anekdoten.

Der Kalender ist im wahren Sinne des Wortes ein Volkskalender,
bei dessen Redaktion sowohl als technischer Herstellung der leitende Grund-
satz war: „Für das Volk ist nur das Beste gut genug.“

Expedition des „Sozialdemokrat“.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
3 Percy Street Tottenham Court Road.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöfnet von Morgens 9 bis
Nacht 12 Uhr. Wir ersuchen die rousen-n Genossen auf unsere
Adresse zu achten. I. A. Der Sekretär:
G. Lomke.